

Landkreis Kassel

Kreistag

Wilhelmshöher Allee 19 – 21, 34117 Kassel

Tel.: 0561-1003-0

Kassel, 09.05.2018



Niederschrift

der 13. öffentlichen Sitzung des Kreistages
(Wahlzeit 2016 - 2021)

am Montag, 07.05.2018
von 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Ort: „Jahnturnhalle Immenhausen,,
34376 Immenhausen, Grebensteiner Str. 4

- I. Zu der heutigen Kreistagssitzung wurden durch Schreiben des Kreistagsvorsitzenden vom 11.04.2018 schriftlich eingeladen:
- a) die Abgeordneten des Kreistages
 - b) die Mitglieder des Kreisausschusses
 - c) die/der Vertreter/in des Ausländerbeirates

Von der Einladung erhielten Kenntnis:
das Regierungspräsidium in Kassel sowie Presse und Rundfunk

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung wurden am 21.04.2018 in der Tageszeitung "Hessische/Niedersächsische Allgemeine, Ausgaben: Kassel-Stadt und Land, Hofgeismarer Allgemeine und Wolfhager Allgemeine öffentlich bekanntgemacht.

- II. **An der Kreistagssitzung nehmen teil:**
Siehe Aufstellung am Ende der Niederschrift

III. Sitzungsleitung/Sitzungsunterbrechungen/Behandlungsreihenfolge

Die Sitzungsleitung erfolgt für die Eröffnung sowie zu den Tagesordnungspunkten 1, 2, 3.1, 5 – 17, 19 und 20 durch den Kreistagsvorsitzenden Güttler. Die Sitzungsleitung zu dem Tagesordnungspunkt 16 erfolgt teilweise durch die stellvertretende Kreistagsvorsitzende Wolfram-Liese.

Die Tagesordnungspunkte werden in folgender Reihenfolge behandelt: TOP 1, 2, 3.1, 5 – 12 im Teil I (ohne Aussprache), die Tagesordnungspunkte 13 – 17, 19 und 20 werden im Teil II (mit Aussprache) behandelt.

IV. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit des Kreistages

Die Sitzung wird von Kreistagsvorsitzenden Güttler um 13:05 Uhr eröffnet. Er stellt fest, dass gegen die formelle Einberufung des Kreistages vom 11.04.2018 keine Einwendungen erhoben wurden und die Beschlussfähigkeit des Kreistages aufgrund der anwesenden Abgeordneten gegeben ist.

Der Kreistagsvorsitzende gratuliert im Anschluss den Kreistagsabgeordneten/Kreisbeigeordneten Habel, Niemetz, Richter, Schaab, Schall, Krohne, Sänger, Roß-Stabernack, Kauffeld, Flinsch, Weilbach, Lengemann und Weinert sowie Herrn Landrat Schmidt, die seit der letzten Sitzung des Kreistages Geburtstag hatten.

Besonders begrüßt der Vorsitzende die Vertreter der Presse, den Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Herrn Bozdogan, sowie den Ersten Kreisbeigeordneten Siebert, der zum ersten Mal in Ausübung seines neuen Amtes an einer Kreistagsitzung teilnimmt.

Der Kreistagsvorsitzende weist dann auf folgende Unterlagen hin:

- Die Zusammenstellung der Ausschussergebnisse.
- Die Vorlage zum TOP 2 (Information des Kreistages durch den Kreisausschuss).
- Zum TOP 17 liegt ein modifizierter Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingegangen am 25.04.2018 vor, der den Ursprungsantrag vom 07.04.2018 ersetzt. Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses geändert, in dem im ersten Satz die Worte „als Aufsichtsbehörde“ gestrichen wurden. Weiterhin liegen zum TOP 17 ein konkurrierender Antrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2018 sowie zu diesem konkurrierenden Antrag ein Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingegangen am 25.04.2018 vor. Außerdem wurde ebenfalls zum Top 17 ein Antrag der FW-Fraktion vom 03.05.2018 eingereicht, der ebenfalls vorliegt.
- Die Zusammenstellung der Fragen zur Fragestunde

Weiterhin liegen als Tischvorlagen aus:

- Ausgabe 1/18 von Landkreistag Kompakt
- Schreiben und Flyer zum 7. Kasseler Gesundheitspreis
- Das aktuelle Programmheft des Wassererlebnishauses
- Broschüre zum Kultursommer Nordhessen

V. Zur Tagesordnung

Der Kreistagsvorsitzende teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 4 (Grundstücksangelegenheiten) vom Kreisausschuss zurückgezogen wurde.

Weiterhin wurde der dem Tagesordnungspunkt 18 zu Grunde liegende Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.04.2018 betr. „Nutzung von kreiseigenen Flächen durch Photovoltaikanlagen“ bis zur Kreistagssitzung am 06.09.2018 zurückgestellt.

Der Kreistagsvorsitzende verweist auf den Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 24.04.2018 sowie den hierzu vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion vom 04.05.2018. Die Fraktionsvorsitzenden Dr. Knoche (DIE LINKE.) und Williges (CDU) sprechen zu diesen beiden Anträgen. Bei der Abstimmung über die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages der Fraktion DIE LINKE. vom 24.04.2018 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung, wird einstimmig beschlossen, diesen Antrag als Tagesordnungspunkt 20 aufzunehmen.

VI. Berichterstattung der Kreistagsausschüsse

Die Beratungsergebnisse der zur Vorbereitung der Kreistagsbeschlüsse beteiligten Kreistagsausschüsse liegen allen Sitzungsteilnehmern in schriftlicher Form vor.

Tagesordnung:

- TOP 1** **Bekanntmachungen des Vorsitzenden**
- TOP 2** **Information des Kreistages durch den Kreisausschuss gemäß § 29 Abs. 3 HKO
Vorlage: 2018/0813**
- TOP 3** **Genehmigung/Kenntnisnahme über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen**
- TOP 3.1** **Kenntnisnahme von überplanmäßigen Aufwendungen gem. § 100 HGO in Verbindung mit § 7 der Haushaltssatzung 2017
a) Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)
b) Budgetzahlungen 2016 an die Stadt Kassel für die gemeinsame Ausländerbehörde
Vorlage: 2018/0805**
- TOP 4** **Grundstücksangelegenheiten**
- TOP 5** **Jahresberichte der Patientenfürsprecher/innen für das Jahr 2017
Vorlage: 2018/0816**
- TOP 6** **Tätigkeitsbericht des Ausländerbeirates 2017**
- TOP 7** **Wahl der Vertrauenspersonen für die bei den Amtsgerichten zu bildenden Ausschüsse für die Wahlen der Schöffen und Jugendschöffen
Vorlage: 2018/0814**
- TOP 8** **Satzung des Landkreises Kassel über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG)
Vorlage: 2018/0815**
- TOP 9** **Berichts Antrag der SPD-Fraktion vom 13.03.2018 zum ÖPNV
Vorlage: 2018/0819**

- TOP 10** **Berichts Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 16.03.2018 betr. Befristete Beschäftigungsverhältnisse beim Landkreis Kassel**
Vorlage: 2018/0820
- TOP 11** **Berichts Antrag der CDU-Fraktion vom 23.03.2018 betr. Entwicklung der Schülerzahlen im Landkreis Kassel und dem erforderlichen Raumbedarf**
Vorlage: 2018/0818
- TOP 12** **Berichts Antrag der CDU Fraktion vom 26.03.2018 betr. Vergabe öffentlicher Aufträge im Landkreis Kassel**
Vorlage: 2018/0821
- TOP 13** **Antrag der SPD-Fraktion vom 05.02.2018 betr. „Sicherung gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum“**
Vorlage: 2018/0775
- TOP 14** **Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.02.2018 betr. „Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft“**
Vorlage: 2018/0770
- TOP 15** **Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.02.2018 betr. „Familienzusammenführung im Landkreis beschleunigen“**
Vorlage: 2018/0780
- TOP 16** **Antrag der AfD-Fraktion vom 01.04.2018 betr. „Gewalt gegen Rettungskräfte“**
Vorlage: 2018/0822
- TOP 17** **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.04.2018 betr. „Bewirtschaftung von Ackerrandstreifen“**
Vorlage: 2018/0823
- TOP 18** **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.04.2018 betr. „Nutzung von kreiseigenen Flächen durch Photovoltaikanlagen“**
Vorlage: 2018/0824
- TOP 19** **Fragestunde gem. § 25 der Geschäftsordnung des Kreistages**
Vorlage: 2018/0825

**TOP 20 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 24.04.2018 betr. Klinikstandort „Lempeweg“ für den Klinikneubau beibehalten
Vorlage: 2018/0851**

Abhandlung der Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Bekanntmachungen des Vorsitzenden

Der Kreistagsvorsitzende teilt mit, dass den Zuschauerinnen und Zuschauern Oliver Ulloth (SPD), Michael Aufenanger (CDU), Susanne Regier (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Bärbel Mlasowsky (FW), Björn Säger (FDP), Dr. Christian Knoche (DIE LINKE.) und Florian Kohlweg (AfD) als Ansprechpartner/in zur Verfügung stehen.

Der Kreistagsvorsitzende gibt bekannt, dass der in der Sitzung am 08.03.2018 zur abschließenden Beratung an den Ausschuss für Soziales überwiesene Berichtsantrag der CDU-Fraktion vom 23.01.2018 betr. „Jugendliche Flüchtlinge“ in der Sitzung des Ausschusses für Soziales am 24.04.2018 beraten und damit abschließend zur Kenntnis genommen wurde.

TOP 2 Information des Kreistages durch den Kreisausschuss gemäß § 29 Abs. 3 HKO Vorlage: 2018/0813

Zur Unterrichtung des Kreistages liegt eine Tischvorlage vor.

TOP 3 Genehmigung/Kennntnisnahme über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen

TOP 3.1 Kenntnisnahme von überplanmäßigen Aufwendungen gem. § 100 HGO in Verbindung mit § 7 der Haushaltssatzung 2017 a) Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) b) Budgetzahlungen 2016 an die Stadt Kassel für die gemeinsame Ausländerbehörde Vorlage: 2018/0805

Abstimmungsergebnis:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kennntnisnahme	<input checked="" type="checkbox"/>		

Ergebnis:

Von der Leistung nachstehend aufgeführter überplanmäßiger Aufwendungen im Jahr 2017 nach § 100 Abs. 1 HGO in Verbindung mit § 7 der Haushaltssatzung wird Kenntnis genommen:

- a) Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) in Höhe von 871.168,14 Euro
 b) Budgetzahlungen 2016 an die Stadt Kassel für die gemeinsame Ausländerbehörde in Höhe von 439.000,00 Euro.

TOP 4 Grundstücksangelegenheiten

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vom Kreisausschuss zurückgezogen.

**TOP 5 Jahresberichte der Patientenfürsprecher/innen für das Jahr 2017
 Vorlage: 2018/0816**

Abstimmungsergebnis:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kenntnisnahme	<input checked="" type="checkbox"/>		

Ergebnis:

Die beigefügten Jahresberichte der Patientenfürsprecher/innen werden gemäß § 7 (3) des Hess. Krankenhausgesetzes (HKHG 2011) zur Kenntnis genommen.

TOP 6 Tätigkeitsbericht des Ausländerbeirates 2017

Vorbemerkungen:

Der Tätigkeitsbericht wird von dem Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Herrn Bozdogan, gegeben.

Kreistagsvorsitzender Güttler bedankt sich bei Herrn Bozdogan sowie bei allen Mitgliedern des Ausländerbeirates für die engagierte Arbeit.

Abstimmungsergebnis:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kenntnisnahme	<input checked="" type="checkbox"/>		

Ergebnis:

Der Tätigkeitsbericht des Ausländerbeirates für das Jahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 7 Wahl der Vertrauenspersonen für die bei den Amtsgerichten zu bildenden Ausschüsse für die Wahlen der Schöffen und Jugendschöffen
Vorlage: 2018/0814**

Vorbemerkungen:

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD und CDU vor. Dieser Wahlvorschlag wird von den Anwesenden zum einheitlichen Wahlvorschlag erhoben über den dann abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Beschlussfassung:

Zu Vertrauenspersonen für die bei den Amtsgerichten zu bildenden Ausschüsse für die Wahlen der Schöffen und Jugendschöffen werden gewählt:

1. Wilfried Wehnes, Bad Emstal
2. Christian Strube, Baunatal
3. Siegfried Klöver, Ahnatal
4. Hartmut Lind, Immenhausen

**TOP 8 Satzung des Landkreises Kassel über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG)
Vorlage: 2018/0815**

Abstimmungsergebnis:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Beschlussfassung:

Die Satzung des Landkreises Kassel über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG) – Stand: 16.04.2018 – wird beschlossen. Sie tritt rückwirkend zum 01.01.2017 in Kraft.

**TOP 9 Berichts Antrag der SPD-Fraktion vom 13.03.2018 zum ÖPNV
Vorlage: 2018/0819**

Abstimmungsergebnis:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kenntnisnahme	<input checked="" type="checkbox"/>		

Ergebnis:

Der Bericht des Kreisausschusses zum Berichts Antrag der SPD-Fraktion vom 13.03.2018 zur Situation des ÖPNV im Landkreis Kassel wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 10 Berichts Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 16.03.2018 betr. Befristete
Beschäftigungsverhältnisse beim Landkreis Kassel
Vorlage: 2018/0820**

Abstimmungsergebnis:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kenntnisnahme	<input checked="" type="checkbox"/>		

Ergebnis:

Der Bericht des Kreisausschusses zum Berichts Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 16.03.2018 betreffs befristete Beschäftigungsverhältnisse beim Landkreis Kassel wird zur Kenntnis genommen.

Fraktionsvorsitzender Dr. Knoche (DIE LINKE.) verlangt, den Berichts Antrag zur abschließenden Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss zu überweisen.

**TOP 11 Berichts Antrag der CDU-Fraktion vom 23.03.2018 betr. Entwicklung der
Schülerzahlen im Landkreis Kassel und dem erforderlichen Raumbedarf
Vorlage: 2018/0818**

Abstimmungsergebnis:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kenntnisnahme	<input checked="" type="checkbox"/>		

Ergebnis:

Der Bericht des Kreisausschusses zum Berichtsantrag der CDU-Fraktion vom 23.03.2018 zur Entwicklung der Schülerzahlen im Landkreis Kassel und dem erforderlichen Raumbedarf wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 12 Berichtsantrag der CDU Fraktion vom 26.03.2018 betr. Vergabe öffentlicher Aufträge im Landkreis Kassel
Vorlage: 2018/0821**

Abstimmungsergebnis:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kenntnisnahme	<input checked="" type="checkbox"/>		

Ergebnis:

Der Bericht des Kreisausschusses zum Berichtsantrag der CDU-Fraktion vom 26.03.2018 zur Vergabe öffentlicher Aufträge im Landkreis Kassel wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 13 Antrag der SPD-Fraktion vom 05.02.2018 betr. „Sicherung gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum“
Vorlage: 2018/0775**

Vorbemerkungen:

An der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt beteiligen sich der Kreistagsabgeordnete Ulloth (SPD), die Fraktionsvorsitzenden Dr. Mlasowsky (FW) und Dr. Knoche (DIE LINKE.), Kreistagsabgeordneter Gras (AfD), Fraktionsvorsitzende Woizeschke-Brück (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Kreistagsabgeordnete Habel (CDU).

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden neben dem Grundantrag in der Fassung der Sitzung des Ausschusses für Soziales vom 02.03.2018 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE., ein Antrag der CDU-Fraktion sowie ein Antrag der AfD-Fraktion in der heutige Sitzung mit den nachfolgenden Wortlauten eingebracht:

Antrag der Fraktion DIE LINKE.:

„Der Kreisausschuss ermittelt eigene Zahlen über den aktuellen Stand und den wahrscheinlichen Stand in fünf Jahren bei der ambulanten medizinischen Unterversorgung im Landkreis Kassel. In der nächsten Kreistagssitzung unterrichtet der Kreisausschuss über die Verhandlungsergebnisse mit der KV.“

Antrag der CDU-Fraktion:

1. *„Der Kreisausschuss wird beauftragt, ein Konzept über die allgemein- und fachärztliche, die ambulante und stationäre sowie die pflegerische Versorgung im Landkreis erstellen zu lassen. In diesem Konzept soll der Istzustand der Versorgung aufgezeigt und ein Zukunftskonzept für die Sicherstellung der medizinischen und pflegerischen Versorgung der Landkreisbevölkerung entwickelt werden. Die Erstellung des Konzeptes soll unter Einbindung einer Hochschule und der kassenärztlichen Vereinigung erfolgen. Ein Antrag auf finanzielle Unterstützung durch das Hessische Sozialministerium ist zu stellen.
Die Gründung einer Modellregion für den ländlichen Raum ist anzustreben.
Das Konzept ist in der Kreistagsitzung im Dezember 2018 vorzulegen.“*
2. *Der Landrat wird aufgefordert, sich bei der GNH für die Einrichtung von medizinischen Versorgungszentren an den Kreiskliniken einzusetzen.“*

Antrag der AfD-Fraktion:

„Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss dem Land Hessen folgenden Beschluss des Kreistags zu übermitteln und eine Stellungnahme des Landes bis zur nächsten Kreistagsitzung einzufordern:

1. *Die Landesregierung wird aufgefordert, kurzfristig eine jährlich fortzuschreibende Bedarfsanalyse-/Schätzung für die ambulante Versorgung der Bevölkerung in den hessischen Kreisen aufzustellen und dabei den Bedarf zur Sicherstellung der ambulanten Versorgung des ländlichen Raumes, insbesondere des Landkreises Kassel, zu untersuchen.*
2. *Dabei sind in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Wege zu finden die Unterversorgung im Landkreis Kassel kurzfristig zu beheben.*
3. *Das Land wird aufgefordert, den von der Bundesregierung beschlossenen „Masterplan 2020“, der dem Land Hessen die Möglichkeit einräumt bis zu 10 % der Studienplätze für eine „Landarztquote“ zu reservieren, endlich umzusetzen, um langfristig eine Vollversorgung auch im Landkreis Kassel zu erreichen.“*

Abstimmungsergebnis zum Antrag der Fraktion DIE LINKE:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Beschlussfassung:

Der v. g. Antrag der Fraktion DIE LINKE. wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zum Antrag der CDU-Fraktion:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Beschlussfassung:

Der v. g. Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zum Antrag der SPD-Fraktion in der Fassung der Sitzung des Ausschusses für Soziales :

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Beschlussfassung:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, sich gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen (KV) dafür einzusetzen, dass die KV ihrem Sicherstellungsauftrag für die ambulante medizinische Versorgung im ländlichen Raum stärker nachkommt.
2. Ein Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung wird gebeten, im Sozialausschuss über die Situation der ärztlichen Versorgung im Landkreis zu berichten.
3. Außerdem wird der Kreisausschuss beauftragt, sich bei der Kassenärztlichen Vereinigung dafür einzusetzen, dass diese überprüft, ob das „Thüringer Modell“ geeignet ist, den Missstand der medizinischen Unterversorgung im Landkreis zu mildern.

Der Antrag der AfD-Fraktion wird danach nicht mehr abgestimmt.

**TOP 14 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.02.2018 betr. „Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft“
Vorlage: 2018/0770**

Vorbemerkungen:

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, FDP, FW und DIE LINKE. vom 05.03.2018 sowie ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.03.2018 vor.

An der Aussprache beteiligen sich die Kreistagsabgeordneten Albrecht (DIE LINKE.), Lorch (CDU), Dr. Gudehus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Kühne (AfD), Kauffeld (FW),

Brückmann (SPD), König (FDP), Moses-Meil (AfD) und Weilbach (CDU) sowie die Fraktionsvorsitzenden Kohlweg (AfD) und Sängler (FDP).

Es wird zunächst über den gemeinsamen Antrag abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Beschlussfassung:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, bis zur Sitzung des Kreistages am 6. September 2018 auf der Grundlage des Berichts vom 7. Dezember und der darin zusammengefassten Ziele und Rahmenbedingungen ein Konzept zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Kassel vorzulegen.

Das Konzept soll insbesondere die Themenbereiche

- Einbindung der kreisangehörigen Kommunen und anderer möglicher Gesellschafter
- Rechtliche und wirtschaftliche Voraussetzungen
- Finanzierung unter anderem durch Bedienung am Kapitalmarkt
- Förderung der Infrastruktur, Stadt- und Gemeindeentwicklung sowie Wohnungsbauförderung im ländlichen und suburbanen Raum
- Einflussnahme der gewählten Vertreterinnen und Vertreter aus Landkreis, Städten und Gemeinden
- Eine Variante unter Beteiligung und ohne Beteiligung des Kreises

beinhalten.

Es wird dann über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Beschlussfassung:

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.03.2018 wird abgelehnt.

**TOP 15 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.02.2018 betr. „Familienzusammenführung im Landkreis beschleunigen“
Vorlage: 2018/0780**

Vorbemerkungen:

An der Aussprache beteiligen sich die Kreistagsabgeordneten Albrecht (DIE LINKE.), Lind (CDU) und Denn (SPD) sowie Fraktionsvorsitzender Dr. Knoche (DIE LINKE.).
Die Ziffern 1 und 2 des Antrages werden getrennt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 1:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 2:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Es ergibt sich daher folgende Beschlussfassung:

Beschlussfassung:

1. Der Kreistag des Landkreises Kassel dankt allen ehrenamtlich sowie hauptberuflich engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich auf Kreisebene für geflüchtete Menschen einsetzen. Sie werden ermutigt, weiterhin für ein friedliches Miteinander mit Offenheit und Respekt aktiv zu bleiben.
2. Der Kreistag fühlt sich dem Schutz von geflüchteten Familien in besonderer Weise verpflichtet. Die Kreisverwaltung, insbesondere die Ausländerbehörde werden deshalb ausdrücklich gebeten, alle gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Familienzusammenführung geflüchteter Menschen zu erleichtern und zu beschleunigen.

**TOP 16 Antrag der AfD-Fraktion vom 01.04.2018 betr. „Gewalt gegen Rettungskräfte“
Vorlage: 2018/0822**

Vorbemerkungen:

Zu diesem Tagesordnungspunkt spricht der Fraktionsvorsitzende Kohlweg (AfD), der den Antrag seiner Fraktion modifiziert, wonach bei der Ziffer 1. nach dem Wort „Sanitätsdienst“ die Worte „sowie alle Bediensteten im Öffentlichen Dienst, Ehrenamtlern und Kommunalpolitikern“ eingefügt werden sollen.

Weiterhin sprechen Fraktionsvorsitzender Lengemann (SPD), Kreistagsabgeordneter Hellwig (CDU), die Fraktionsvorsitzenden Dr. Mlasowsky (FW), Dr. Knoche (DIE LINKE.), Williges (CDU) und Woizeschke-Brück (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Der Kreistagsabgeordnete Richter (AfD), die Fraktionsvorsitzenden Kohlweg (AfD), Dr. Knoche (DIE LINKE.), Williges (CDU) und Lengemann (SPD) und Kreistagsabgeordneter Dr. Gudehus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sprechen zur Geschäftsordnung.

Kreistagsabgeordneter Borschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gibt eine persönliche Erklärung ab. Abschließend spricht Fraktionsvorsitzender Lengemann (SPD) zur Geschäftsordnung.

Es wird dann zunächst über den modifizierten Antrag der AfD-Fraktion abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Beschlussfassung:

Der modifizierte Antrag der AfD-Fraktion wird abgelehnt.

Es wird dann über Antrag der SPD-Fraktion vom 17.04.2018 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Beschlussfassung:

In Anlehnung an die sogenannte „Wetzlarer Erklärung“ beschließt der Kreistag des Landkreises Kassel beziehungsweise stellt folgendes fest:

Der Kreistag des Landkreises Kassel nimmt mit großer Besorgnis zur Kenntnis, dass die Zahl der verbalen und körperlichen Angriffe gegen öffentlich Bedienstete sowie haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitikern deutlich erhöht hat. Sie werden immer öfter Opfer von Beleidigungen, Drohungen und auch tätlicher Gewalt. Mitarbeiter im Rettungsdienst und Angehörige der Feuerwehren – auch ehrenamtliche freiwillige Feuerwehrangehörige berichten immer häufiger bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit behindert, beleidigt oder sogar angegriffen zu werden.

Der Kreistag des Landkreises Kassel lehnt solche Übergriffe auf das Entschiedenste ab. Sie müssen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des Strafrechts konsequent verfolgt werden, insbesondere aber auch – als Ausdruck einer nicht hinzunehmenden Verrohung – gesellschaftlich klar verurteilt werden.

Die Anwendung und Androhung körperlicher Gewalt ist unter keinen denkbaren Umständen gerechtfertigt. Dies gilt auch und gerade dann, wenn sich die Bedro-

hung nicht nur gegen die Amtsträger selbst, sondern auch gegen ihre Familienangehörigen richtet. Der Rechtsstaat und die Gesellschaft müssen sich in solchen Fällen schützend vor die Amtsträger und ihre Familien stellen. Die Behörden stehen für eine bürgeroffene und frei zugängliche Verwaltung. Trotzdem ist nachvollziehbar, wenn in besonders gefährdeten Bereichen verstärkt auf Einlasskontrollen und ähnliche Schutzmaßnahmen gesetzt wird. Dabei vertrauen die Behörden neben eigener Kompetenz insbesondere auch auf die kriminalpolizeiliche, präventive Beratung der Polizei.

Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltungen und der Hilfsorganisationen nehmen für das Gemeinwesen wichtige Aufgaben mit großem persönlichem Engagement wahr. Sie verdienen dafür besondere Achtung und Dank, und zwar auch dann, wenn aus Sicht der Betroffenen unliebsame Entscheidungen getroffen werden müssen. Kränkungen, ehrverletzende Äußerungen oder Verleumdungen sind daher nicht hinnehmbar. Sie wiegen besonders schwer, wenn sie in der Öffentlichkeit verbreitet werden.

Das Internet bietet viele Möglichkeiten, Beleidigungen, Drohungen oder Aufrufe zur Gewalt in anonymer Form zu kommunizieren. Damit das Internet nicht zu einem rechtsfreien Raum verkommt, sind insbesondere die Betreiber entsprechender Plattformen und der sozialen Medien aufgefordert, solche Inhalte ggf. auch zu löschen.

Der politische Meinungskampf lebt nicht zuletzt von zuspitzenden, abgrenzenden Formulierungen. Auch in der verbalen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner sind aber dessen Persönlichkeitsrechte zu achten. Der Kreistag des Landkreises Kassel bekennt sich zur grundgesetzlich geschützten Meinungsfreiheit, die ein hohes Gut ist. Aus der Meinungsfreiheit folgt jedoch kein Freibrief für beleidigende oder verleumderische Äußerungen oder gar für die Drohung mit Gewalt.

**TOP 17 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.04.2018 betr. „Bewirtschaftung von Ackerrandstreifen“
Vorlage: 2018/0823**

Vorbemerkungen:

Der Kreistagsabgeordnete Ludewig (SPD) beantragt, die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegenden Anträge zur abschließenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz, Abfallwirtschaft und Energie zu überweisen.

Abstimmungsergebnis:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Beschlussfassung:

Die zum Tagesordnungspunkt Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.04.2018 betr. „Bewirtschaftung von Ackerrandstreifen“ vorliegenden Anträge werden zur abschließenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz, Abfallwirtschaft und Energie überwiesen.

**TOP 18 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.04.2018 betr. „Nutzung von kreiseigenen Flächen durch Photovoltaikanlagen“
Vorlage: 2018/0824**

Der Antrag wurde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bis zur Kreistagssitzung nach der Sommerpause zurückgestellt.

**TOP 19 Fragestunde gem. § 25 der Geschäftsordnung des Kreistages
Vorlage: 2018/0825**

Die Antworten zu den eingereichten Fragen werden dem Fragesteller sowie den Fraktionsvorsitzenden und dem Kreistagsvorsitzenden in schriftlicher Form ausgehändigt.

**TOP 20 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 24.04.2018 betr. Klinikstandort „Lempeweg“ für den Klinikneubau beibehalten
Vorlage: 2018/0851**

Vorbemerkungen:

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt neben dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. ein Antrag der CDU-Fraktion vom 04.05.2018 vor. Weiterhin wird von der AfD-Fraktion beantragt, an das Ende des Antrages der CDU-Fraktion folgenden Text anzuhängen:

„Zudem muss beraten werden, welche Auswirkungen die neuesten Entwicklungen auf den Beschluss des Kreistages zur Gewährung der finanziellen Mittel haben, die an den Standort „Krähenberg“ gebunden sind.“

An der Aussprache beteiligen sich Fraktionsvorsitzender Dr. Knoche (DIE LINKE.), Kreistagsabgeordneter Kühne (AfD), Landrat Schmidt, Fraktionsvorsitzende Dr. Mlasowsky (FW) und Kreistagsabgeordneter Sembowski (CDU), der mitteilt, dass in den Antrag seiner Fraktion auch der Ausschuss für Soziales aufgenommen werden soll. Weiterhin sprechen die Kreistagsabgeordneten Nikutta (SPD) und Regier (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Fraktionsvorsitzender Dr. Knoche (DIE LINKE.) beantragt, den Antrag seiner Fraktion zwar heute nicht abzustimmen, allerdings im Geschäftsgang zu belassen. Weiterhin spricht der Kreistagsabgeordnete Kauffeld (FW).

Daraufhin ändert der Fraktionsvorsitzende Williges (CDU) nochmals den Wortlaut des Antrages seiner Fraktion um den Ausschuss für Wirtschafts- und Strukturpolitik, Bau- und Verkehrswesen.

Es wird dann zunächst über den geänderten Wortlaut des Antrages der CDU-Fraktion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Beschlussfassung:

Die Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses, des Ausschusses für Soziales und des Ausschusses für Wirtschafts- und Strukturpolitik, Bau- und Verkehrswesen werden beauftragt, die Ausschüsse umgehend zu einer Sondersitzung einzuladen. Hieran soll der Vorstandsvorsitzende der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH), Herr Karsten Honsel, teilnehmen.

Gegenstand der Sondersitzung soll der aktuell konkrete Planungstand zum Klinikneubau in Hofgeismar sein. Hierbei sollen insbesondere die elementaren Änderungen der letzten 12 Monate, welche zur Verwerfung der bereits vorgestellten und durchkalkulierten Planungen führten, erläutert werden.

Es wird dann über den vorliegenden Antrag der AfD-Fraktion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

		angenommen	abgelehnt
Einstimmiger Beschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss mit Stimmenmehrheit	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Beschlussfassung:

Der v. g. Antrag der AfD-Fraktion wird abgelehnt.

Güttler
Kreistagsvorsitzender

Wolfram-Liese
stellv. Kreistagsvorsitzende

Sennhenn
Schriftführer

Teilnehmerverzeichnis:

Teilnehmer	Fraktion	Bemerkung
------------	----------	-----------

Anwesend:**Gremienmitglieder (stimmberechtigt)**

Klaus Albrecht	DIE LINKE.	
Michael Aufenanger	CDU	
Friedhelm Becker	CDU	
Thomas Bergmann	SPD	
Doris Bischoff	SPD	
Edmund Borschel	B90/DIE GRÜNEN	
Walter Brück	SPD	
Marcel Brückmann	SPD	
Stefan Denn	SPD	
Andreas Dinges	CDU	
Ralf-Rüdiger Engelhardt	AfD	
Malte Fehling	FW	
Burkhard Finke	SPD	
Marianne Freitag-Thiele	SPD	
Tobias Geismann	SPD	
Heike Giede-Jeppe	FDP	
Michael Görner	SPD	
Ulrike Gottschalck	SPD	
Helmut Gras	AfD	
Timon Gremmels	SPD	
Dr. Thomas Gudehus	B90/DIE GRÜNEN	
Andreas Güttler	SPD	
Anna-Lena Habel	CDU	
Frank Hellwig	CDU	
Brigitte Hofmeyer	SPD	
Sarah Humburg	SPD	
Birgit Kaiser-Wirz	CDU	
Anja Käkel	B90/DIE GRÜNEN	
Albert Kauffeld	FW	
Sebastian Keese	SPD	
Michelle Klinke	SPD	
Dr. Christian Knoche	DIE LINKE.	
Dr. Dr. Michael Knüppel	CDU	
Florian Kohlweg	AfD	
Olaf Köhne	B90/DIE GRÜNEN	
Oliver König	FDP	
Thorsten Krohne	SPD	
Karin Kuhn	SPD	

Harribert Kühne	AfD	
Bruno Leck	FW	
Dieter Lengemann	SPD	
Hartmut Lind	CDU	
Alexander Lorch	CDU	
Manfred Ludewig	SPD	
Ullrich Meißner	SPD	
Trudi Michelsen	SPD	
Dr. Bärbel Mlasowsky	FW	
Michael Moses-Meil	AfD	
Christiane Nickel	SPD	
Maria Luise Niemetz	CDU	
Frank Nikutta	SPD	
Jürgen Noll	SPD	
Edgar Paul	SPD	
Helga Pflieger	SPD	
Susanne Regier	B90/DIE GRÜNEN	
Volker Richter	AfD	
Tobias Rödding	SPD	
Stefanie Roß-Stabernack	SPD	
Martin Roth	CDU	
Claudia Sälzer	SPD	
Björn Sänger	FDP	
Hermann Schaab	AfD	
Elfi Schall	CDU	
Erich Schaumburg	CDU	
Bettina Schröder	SPD	
Maik Sembowski	CDU	
René Stephan	AfD	
Timo Storch	SPD	
Oliver Reza Ulloth	SPD	
Helmut von Zech	FDP	
Petra Voß	SPD	
Patrick Weilbach	CDU	
Stefanie Weinert	B90/DIE GRÜNEN	
Marlies Weymann-Flörke	SPD	
Frank Williges	CDU	
Monika Woizeschke-Brück	B90/DIE GRÜNEN	
Ute Wolfram-Liese	SPD	

Teilnehmende Personen (ohne Stimmberechtigung)

Uwe Schmidt	SPD	
Andreas Siebert	SPD	
Thomas Ackermann	B90/DIE GRÜNEN	
Irmgard Croll	FW	

Andreas Flinsch	AfD	
Juanita Hille-Kleij	DIE LINKE.	
Arno Meißner	CDU	
Cono Morena	SPD	
Christa Oehler	SPD	
Jutta Rüddenklau	CDU	
Wilfried Wehnes	SPD	
Cemal Dede Bozdogan	IWG	

Verwaltung

Jens Dilcher		
Harald Kühlborn		
Manuela Möller		
Harald Piel		
Jörg Roßberg		
Oliver Rother		
Florian Schäffer		
Andreas Sennhenn		
Udo Umbach		

Abwesend:

Gremienmitglieder (stimmberechtigt)

Dr. Stephanie Knoche	DIE LINKE.	
Andreas Mock	CDU	
Anna-Maria Schölch	CDU	
Hans Hilmar von der Malsburg	CDU	

Teilnehmende Personen (ohne Stimmberechtigung)

Matthias Berghaus	FDP	
Uta Erdmann	SPD	
Heidrun Gottschalk	SPD	
Burkhard Schneider Freiherr von Lepel	CDU	
Christian Strube	SPD	